



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/84 - 10. April 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21891-33
Fernschreiber 0886890

Vorschau auf Wiesbaden - ein bedeutsamer Kongress	S. 1
Eine Schande für den Westen	S. 3
Die platten Selbstverständlichkeiten des Kanzlers	S. 4
3,3 Millionen Tote der Vertriebenen	S. 6
Bonn und Madrid	S. 8

Der entwurzelte Mensch und die Demokratie

Von Wenzel Jaksch, MdB.

In der Reihe ihrer Sondertagungen wird sich die SPD am kommenden Wochenende mit den Schicksalsfragen der Vertriebenen, der Sowjetzonenflüchtlinge, Evakuierten und Kriegssachgeschädigten befassen. Auf den offiziellen Kongressen der grossen Parteien ist es schlechthin unmöglich die Problemfülle eines geteilten Landes zu bewältigen. Damit stehen Klärungen an, die im Interesse der Demokratie notwendig sind. Es entspricht also durchaus den Erfordernissen einer demokratischen Staatspolitik, bestimmte Problembereiche einzeln anzusprechen und ihnen dadurch ihren Platz im öffentlichen Bewusstsein zu sichern. Eine solche Versachlichung der Diskussion, die zugleich einen neuen politischen Stil darstellt, erleichtert auch eine gesunde Meinungsbildung in allen Schichten des Volkes.

Geht das Vertriebenen-Problem nur die Heimatvertriebenen an? Sind die Evakuierten dazu verurteilt, unter Ausschluss der Öffentlichkeit Selbstgespräche führen zu müssen, wenn sie ihre Forderungen erheben? Und ist das Sonderschicksal des Volksgenossen aus der Sowjetzone in dem Augenblick uninteressant geworden, da sie das Aufnahmeverfahren hinter sich haben? Man soll nicht gleich an Brünnings Wort von den "Interessentenhaufen" denken, wenn von diesen Schichten die Rede ist. Das deutsche Volk besteht eben aus verschiedenen Schicksalsge-

meinschaften, welche durch ihre Sonderschicksale zusammengeführt worden sind. Das Bekenntnis zur verlorenen Heimat, welches die Grundlage mächtiger Zusammenschlüsse bildet, quillt aus edlen Empfindungen. Wo das Erlebnis der Todesnächte in den deutschen Großstädten die Ausgebombten und Evakuierten zu einer Gemeinschaft verband, schwingt noch etwas von der grossen menschlichen Solidarität mit, die sich damals tausendfach bewährte. Und kann man es vielleicht einem Sachsen oder Thüringer, Brandenburger oder Ost-Berliner verdenken, wenn er sich mit seinesgleichen zusammenfindet um einzustehen für das versklavte Mittelddeutschland?

Einer verstehe des anderen Leid! Aus dem Verständnis für Gruppenschicksale formt sich erst unser Bild vom Gesamtschicksal des deutschen Volkes und seiner europäischen Aufgabe. Die Wortführer der einzelnen "Geschädigtengruppen" werden deshalb in Wiesbaden nicht Selbstgespräche führen, wie dies leider auf vielen ähnlichen Tagungen der Fall ist. Die Anwesenheit von Erich Ollenhauer und seinen engsten Mitarbeitern wird ihnen vielmehr Gelegenheit bieten, ihre Wünsche und Hoffnungen der vorläufig zweitgrössten Partei der Bundesrepublik anzuvertrauen und in den Worten des Oppositionsführers das Echo zu hören. Ein Zwiegespräch dieser Art wird - so hoffen wir - auch in weiteren Umkreis meinungsbildend, anregend und befruchtend wirken.

Dass zum Tagungsort die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden gewählt wurde, ist bereits eine Widerlegung der Vermutung, dass es sich etwa nur um eine wahltaktische Veranstaltung handelt. Man müsste es im Gegenteil geradezu als sensationell empfinden, wie wenig Aufhebens die SPD bisher mit ihrer Arbeit für die Vertriebenen, Sowjetzonenflüchtlinge, Evakuierten und Spätheimkehrer gemacht hat. Von den Autobahnen und Eisenbahnlinien aus kann jeder Besucher Hessens Denkmäler dieser Arbeit in der Gestalt neuer Industrien und Hessenplan-Siedlungen sehen. Hier ist auch die Zusammenarbeit zwischen einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung und den grossen Verbänden der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigten so eng und vertrauensvoll, dass eine Auswirkung dieses Geistes im Bundesgebiet nur für alle Beteiligten von Nutzen sein kann.

Wir werden uns in Wiesbaden nicht allzusehr in Spezialthemen vertiefen. Im Mittelpunkt der Beratungen wird das Schicksal des entwurzelten Menschen stehen und die Verpflichtung der Demokratie gegenüber seinem Ringen um neue Verwurzelung. Darin sind auch die Probleme der alten Heimat und der neuen Heimat umschlossen. Hätte sich das Problem der Millionen entwurzelter Menschen in der Bundesrepublik im Sinne eines politischen Rechts- oder Linksradikalismus dramatisiert, so würde das demokratische Ausland sicher mit Spannung auf eine solche Veranstaltung blicken. Entgegen vielen Befürchtungen sind aber die zehn Millionen direkter und indirekter Opfer des Potsdamer Abkommens eine tragende Säule der deutschen Demokratie geworden. Dies rechtfertigt aber noch lange nicht die Haltung weiter Kreise, welche sich für die Vertriebenen nur insofern interessieren, als sie von ihnen Entschlüsse zur Preisgabe ihrer alten Heimat erwarten. Es ist daher gut so, dass sich in diesen Fragen einmal eine grosse deutsche Partei zu Wort meldet, der man Friedensliebe und nationale Verträglichkeit bei Gott nicht absprechen kann. Von Wiesbaden soll daher eine Offensive gegen die Herzensträgheit in Westdeutschland ausgehen und gegen den Geist von Potsdam in Ost und West.

Unverständlicher Einwanderungsstopp

sp - In den Flüchtlingslagern Österreichs ist die Verzweiflung eingekehrt. 15 000 jugendliche Ungarn, noch vor zwei Monaten überschwänglich als Freiheitskämpfer geehrt und gefeiert, finden das Tor der Hoffnung, das ihnen den Weg in die USA weisen sollte, verschlossen. Die amerikanischen Behörden verhängten einen Einwanderungsstopp für ungarische Flüchtlinge. Für die Flüchtlinge bedeutet die amerikanische Entscheidung eine Katastrophe; sie findet ihren Niederschlag in zahlreichen Selbstmorden und Selbstmordversuchen. Für diese Menschen ist mehr als eine Hoffnung zusammengebrochen, sie sehen sich der Düsternis des bedrückenden Lagerlebens ausgesetzt ohne Aussicht, in absehbarer Zeit ihr zu entfliehen. Für sie wurde auch eine Welt ausgelöscht, die Welt der Freiheit, für die sie ihr Leben einsetzten.

Nun harret ihrer eine grenzenlose Enttäuschung. Die Agenten des Kadarregimes haben jetzt ein leichtes Spiel, sie können nun ohne Hemmungen, ja sogar mit dem Schein der Berechtigung zu diesen Flüchtlingen sagen: Was wollt Ihr eigentlich noch, der Westen zeigt Euch die kalte Schulter. Euer Kämpfen und Leiden bleibt vergeblich, Ihr seid unerwünschte Gäste, die man wieder los werden will.

Man braucht nicht viel Phantasie, um sich die Wirkung solcher und ähnlicher Worte auf verbitterte Herzen vorzustellen. Kadar braucht nicht einmal mehr sein Polizeiregime zu verstärken, es muss sich ja im ganzen leidgeprüften ungarischen Volke herumsprechen, dass sich die grösste Macht des Westens, und das sind die Vereinigten Staaten, der weiteren Aufnahme von Flüchtlingen verschliessen - gerade jenes Land, das durch den von ihm kontrollierten Sender "Freies Europa" nicht müde wird, die Ostblockvölker zum Ausharren zu ermutigen. Unter der Wucht solcher Herzlosigkeit, auch wenn sie von Sicherheitsgründen diktiert sein sollte - die Sperre erfolgte, um das Einsickern kommunistischer Agenten zu verhindern - muss die Freiheitssehnsucht dieser unter der kommunistischen Diktatur lebenden Völker erlöschen. Jenen, denen der Sprung in die Freiheit gelang, erwartet nun das zermürbende Lagerleben. Wer will es diesen Unglücklichen verargen, wenn sie sich nun enttäuscht vom Westen und seinen Idealen abwenden, die sich für sie so wenig dauerhaft erwiesen haben?

Im Kampf um die Erhaltung der westlichen Lebensordnung hat der

Westen insgesamt damit eine Schlacht verloren. Die Gewinner sind die kommunistischen Diktaturen. Wer wird es noch in diesen Ländern angesichts des Schicksals dieser ungarischen Flüchtlinge wagen, sich gegen die Tyrannei zu erheben? Die Selbstmörder in den österreichischen Flüchtlingslagern sind eine aufrüttelnde Anklage gegen den Westen und seine Lethargie; es fehlt ihm an Kraft und an Willen, den Menschen beizustehen, die durch die Tat bewiesen haben, dass ihnen die Freiheit mehr ist als ein Lippenbekenntnis. Sollen die Frauen und Männer, die den kommunistischen Machthabern in Budapest trotzten und ihr Leben retten konnten, nun an der Gleichgültigkeit des Westens zugrunde gehen?

* * *

Kanzlerworte

Von Ulrich Lehmar

In Bonn gibt es eine "Studiengesellschaft für Politik". Dieser eingetragene Verein hat vor kurzem eine Sammlung von Aussprüchen des gegenwärtigen Bundeskanzlers veröffentlicht. Wer sich ein Bild von der eigenartigen Denkweise Adenauers machen will, der findet die Antwort auf diese Frage in den Zitaten aus seinen Reden, Aufsätzen und Erklärungen. Diese Zitate sind Mosaiksteine und fügen sich zu einem Bild von der Person Konrad Adenauers zusammen.

In der Feierstunde einer deutschen Universität tat der Kanzler diesen Ausspruch: "Das Heute steht auf dem Gestern und das Morgen steht auf dem Heute. Es gibt nicht nur ein Heute, oder gar, wie es Dynamiker gerne sehen möchten, nur ein Morgen, sondern es gibt eben auch ein Gestern, das das Heute und das Morgen stark, ja, manchmal sogar entscheidend beeinflusst. Man muss das Gestern kennen, man muss auch an das Gestern denken, wenn man das Morgen wirklich gut und dauerhaft gestalten will".

Dieser Ausspruch ist ebenso richtig wie nichtssagend. Er ist insofern, als man selbstverständlich im privaten Leben und in der Politik die Erfahrungen der Vergangenheit und die Bedingungen der Gegenwart berücksichtigen muss, wenn man weiterkommen will. Dieser Satz ist jedoch gleichzeitig in einem unübertrefflichen Masse nichtssagend, weil jeder mit den Worten gestern, heute und morgen ganz unterschiedliche Vorstellungen verbindet. Der Frontsoldat wird aus seinen Erfahrungen folgern, nie wieder für einen Krieg einzutreten. Der Anhänger des versunkenen deutschen Kaiserreichs wird sich an

Wilhelm II. erinnern und eine Ermutigung für seine Bestrebungen aus den Worten Adenauers heraushören, die Monarchie erneut zu begründen. Der Sozialist denkt an die Unfreiheit im Dritten Reich und muss dem Kanzler auf seine Art zustimmen, eine Wiederholung dieser Zeit unmöglich zu machen. Jeder verbindet mit diesem Satz Adenauers das, was sich ihm an Erfahrungen und Wünschen aufdrängt.

Die Psychologie würde deshalb den zitierten Kanzlersatz mit einem guten Prädikat bedenken. Der Ausspruch ist wirksam, weil er jedem erlaubt, sich seine eigenen Gedanken darüber zu machen.

Ebenso deutlich wird die Neigung Adenauers zur nichtssagenden Vereinfachung in diesem Satz: "Eine weitere Quelle unserer Schwäche ist die Entwurzelung so vieler, das Schwinden der Persönlichkeit, das Hintreiben, das Sichttreibenlassen zur Vermassung. Vermassung aber ist die Vorstufe des Materialismus".

Mit keinem Wort wird hier angedeutet, was denn eine "Persönlichkeit" ist. Nichts hören wir darüber, was der Kanzler sich unter der "Vermassung" vorstellt oder welchen Inhalt der Begriff "Materialismus" für ihn hat. Er verwendet gängige Schlagworte, die bei jedermann ein Unbehagen auslösen sollen, und er rechnet damit, dass der Zuhörer die konkrete Ausformung der politischen Konsequenzen dann getrost dem alten Mann aus Rhöndorf überlässt.

Dabei scheut er nicht vor offensichtlichen Widersprüchen zurück, wenn die Situation ihm eine Variation seiner Gedanken geraten erscheinen lässt. Adenauer erklärte einmal vor dem Bundestag: "Die staatliche Gewalt hat ihre Grenze nur an den sittlichen Geboten, sie umfasst alles, was nicht durch sie verboten ist". Ein anderes Mal äusserte er vor dem Parlament: "Ich bin immer der Auffassung gewesen - von Jugend auf - , dass die Grenzen der Staatsgewalt nicht über das Notwendige hinaus erweitert werden dürfen". Beide Aussagen ermöglichen es dem Kanzler jederzeit, sie als widerspruchsfrei darzustellen, aber die Wirkung beider Aussagen ist ausserordentlich unterschiedlich, ja entgegengesetzt.

Die Lektüre der "Kanzlerworte" lässt bei jedem denkenden Menschen ein tiefes Unbehagen zurück. Die platten Selbstverständlichkeiten,

die Adenauer äussert, sind ebenso richtig wie falsch. Sie besagen nichts über den Inhalt seiner Politik, sondern knüpfen an Gefühle, Traditionen und Interessen an. Seine politischen Reden sind ungenau, und auf diese Weise hält er sich alle Wege offen. Eber darin aber liegt eine Gefahr für jede demokratische Meinungsbildung. Man muss den Menschen unmissverständlich sagen, was man will. Aber gerade das scheint der Kanzler umgehen zu wollen.

* * *

Bilanz des Krieges

Das Statistische Bundesamt hat kürzlich eine umfassende Darstellung der deutschen Menschenverluste des zweiten Weltkrieges und seiner unmittelbaren Folgen vorgelegt, aus der sich insgesamt eine Zahl von mehr als sieben Millionen Toten ergibt. Diese Zahl, die keinen Anspruch auf Präzision erheben kann, da es unmöglich ist, eine genaue Ziffer zu errechnen, umfaßt im wesentlichen eine Schätzung der Zivilpersonen, die durch den Luftkrieg und durch die Kampfhandlungen ungenommen sind, der Wehrmachtstoten, der durch die Gewaltmassnahmen des Nationalsozialismus getöteten Deutschen (politisch, religiös, rassistisch Verfolgte) und der Todesopfer der Vertreibung. Mittelbar hat der Krieg ausserdem einen Geburtenausfall von über zwei Millionen verursacht.

2,28 Millionen Opfer der Vertreibung

Als Vertreibungsverluste der Ost- und Volksdeutschen gibt das Statistische Bundesamt eine Zahl von 2,28 Millionen Deutschen an, die allerdings auch die Verschleppten enthält, weil diese grösstenteils als tot angenommen werden müssen. Die jetzt unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete sind an der genannten Ziffer mit 1,26 Millionen Opfern beteiligt. Die deutschen Siedlungsgebiete jenseits der Grenzen von 1937, nämlich in den baltischen Staaten, im Memelgebiet, in Polen, Danzig, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien (aus der Sowjetunion liegen keine Angaben vor), weisen Vertreibungsverluste von 1,02 Millionen Menschen auf. Im einzelnen werden vom Statistischen Bundesamt für Ostpreußen 290 000, für Ostpommern 350 000, für Ostbrandenburg 140 000 und für Schlesien 490 000 Opfer der Vertreibung angegeben, während die Verluste der

Siedlungsgebiete im Auslande nicht aufgeschlüsselt sind.

Hoker Anteil an den Wehrmachtsverlusten

Die deutschen Ostgebiete waren aber auch mit insgesamt 640 000 gefallenen Soldaten an der Gesamtzahl der Wehrmachtsverluste des Reiches in den Grenzen von 1937 von 3,76 Millionen ausserordentlich stark beteiligt. Denn die Einziehung zur Wehrmacht sind nicht in allen Teilen Deutschlands gleich hoch gewesen. In den vorwiegend agrarischen Ostgebieten wurden mehr Männer einberufen als in den industrialisierten Gegenden, in denen die Unabkömmlichkeitsquote verhältnismässig gross war. Infolgedessen haben die deutschen Ostgebiete stärkere Verluste zu beklagen als die übrigen Landesteile des Reiches, wobei noch berücksichtigt werden muss, dass gerade die ostdeutsche Bevölkerung in den Kämpfen der letzten Kriegsphase, die vor allem in ihrer Heimat entbrannten, grosse Opfer gebracht hat. Mit 66 gefallenen Soldaten je tausend Einwohner hat die ostdeutsche Bevölkerung relativ mehr Männer, Söhne und Brüder hergeben müssen als die Einwohnerschaft Westdeutschlands. Für Ostpreußen wurden 210 000 Gefallene ermittelt, was 87 Gefallenen je tausend Einwohnern entspricht. Ostpommern hatte 110 000 Gefallene zu beklagen, Ostbrandenburg 40 000 und Schlesien 290 000. Die deutschen Siedlungsgebiete im östlichen Ausland (ohne Sowjetunion) haben insgesamt 360 000 Soldaten opfern müssen. Auch hier gibt es keine Aufschlüsselung im einzelnen. Alles in allem haben in den Reihen der Wehrmacht 1,02 Millionen Ost- und Volksdeutsche ihr Leben geopfert.

Setzt man nun die Einwohnerschaft des Deutschen Reiches in seinen Grenzen von 1937 und der deutschen Siedlungsgebiete im östlichen Ausland von zusammen rund 77 Millionen Menschen bei Kriegsbeginn in Vergleich mit der Ziffer von insgesamt mehr als 7 Millionen Opfern, so erweist sich, dass das deutsche Volk durch den Krieg einen Aderlass von mehr als neun Prozent erlitten hat. Die gleiche Bilanz unermesslichen Leides - nur bezogen auf die ost- und westdeutsche Bevölkerung von zusammen fast 17 Millionen Menschen - ergibt mit insgesamt 3,3 Millionen Wehrmachtstoten und Vertreibungsverlusten ein Opfer von nahezu 20 %. Diese Schlussfolgerung jedenfalls muss aus den Zahlenangaben des Statistischen Bundesamtes gezogen werden, wobei freilich der Geburtenzuwachs während des Krieges ausser Acht bleibt.

Bonn als Schrittmacher Francos

sp - Sollte auf der im Mai anberaumten Tagung des Ministerrats der NATO-Mächte ein Antrag auf Aufnahme Spaniens in die NATO gestellt werden, so wird in Bonn, wie sich das offiziöse Bulletin vernehmen liess, unterstützen. Bisher fanden in dieser Hinsicht ausgesprochene spanische Wünsche bei der Überwiegenden Mehrzahl der NATO-Länder keinen freundlichen Widerhall, ja sie stiessen sogar auf offene Ablehnung, da man mit Recht befürchtete, dass durch eine Mitgliedschaft Spaniens die ganze NATO-Konzeption in Misskredit geraten würde. Diese Bedenken liessen die USA zögern, in dieser Frage einen besonderen Druck auf die übrigen Partner auszuüben, es genügte ihnen das vor Jahren abgeschlossene Militärbündnis zwischen Washington und Madrid, das die Beziehungen zu den übrigen NATO-Partnern nicht berührte.

Die NATO ist, das wird von deren Verteidigern immer wieder versichert, ein Bund von Staaten, die sich zusammenschlossen, um die Werte der westlichen Zivilisation gegen einen angriffslusternen östlichen Totalitarismus zu verteidigen. Nun kann selbst bei allergrösstem Wohlwollen niemand mit gutem Gewissen behaupten, dass in Spanien die Werte der westlichen Zivilisation - Rede- und Religionsfreiheit, Achtung vor der Würde des Menschen, Koalitions- und Pressefreiheit und die parlamentarische Demokratie, um nur einige wenige zu nennen - hochgehalten werden. Im Gegenteil, das jetzige Regime lebt immer noch in Banne der blutigen Schatten des von ihm entfesselten Bürgerkrieges, einen der grausamsten in der spanischen Geschichte.

Demokratie und Freiheit blieben seitdem den spanischen Völkern verwehrt, Tausende von seinen Söhnen und Töchtern, die um ein besseres Spanien kämpften, befinden sich noch immer in Zuchthäusern und Gefängnissen, Hunderttausende leben im Exil, weil sie die Luft des totalitären Staates nicht atmen können. Die Aufnahme Spaniens in die NATO käme einer Herausforderung des demokratischen Gewissens gleich, sie wäre ein Verrat an jenen freiheitsliebenden Teil des spanischen Volkes, der durch Franco zum Verstummen verurteilt ist.

Dass sich ausgerechnet die Bonner Regierung nun in den Kreis der Befürworter der Aufnahme Spaniens in die NATO eingereiht hat, kann bei der geistigen und politischen Grundeinstellung dieser Regierung

freilich nicht wundernehmen. Führende Mitglieder dieser Regierung und der sie stützenden Parteien betrachten Madrid als das Mekka der europäischen Restauration; sie fühlen sich dort beheimatet und empfangen von dort ihre Impulse für ihr geistig-politisches Weltbild. Außenminister von Brentano sagte noch vor einigen Tagen, Bonn könne keine unabhängige Außenpolitik führen, es habe sich den Vereinigten Staaten unterzuordnen. Dieser Satz scheint auch zu gelten, wenn es sich um die Zusammenfassung aller reaktionären Kräfte in Westeuropa handelt. Das Elut der spanischen Demokraten scheint diese Bonner Politiker nicht abzuschrecken, obwohl nicht die unabstreitbare Tatsache, dass ein Franco mit Hilfe eines Hitler und Mussolini in den Sattel gehoben wurde.

Die NATO, durch die Entwicklung des letzten halben Jahres ohnehin schwer angeschlagen, wird durch eine mögliche Aufnahme Spaniens nicht gerade an Gewicht, Bedeutung und innerer Stärke gewinnen. Die Divisionen, die Franco in dieses Bündnis einbringt, werden der NATO mehr schaden als nützen, denn niemals ist es gut, sich mit dem Belzebub zu verbünden, um den Teufel auszutreiben.

* * *

Internationale Verflechtung der Ölindustrie

Einer der interessantesten Stapelläufe der Nachkriegszeit wird am 10. April am Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg stattfinden. Dort wird die größte schwimmende Erdölbohrinsel der Welt ins Wasser gelassen werden. Die 50 x 30 m breite Insel soll im August in den Persischen Golf geschleppt werden und dort unter dem Meeresspiegel gelegene Erdölfelder ausbeuten helfen.

Die 4500-t schwere Insel kann mit Hilfe hydraulischer "Hubbeine" in 40 m tiefem Wasser aufgesetzt und über die Wasserfläche hinaus gehoben werden. Auf dem Deck der Insel befindet sich neben dem Schturm (48 m hoch) ein "Wohndorf" für die 50 Mann starke Besatzung. Über dem "Wohnviertel" wird ein Hubschrauberlandeplatz montiert sein. Auf Deck der Insel werden sich weitere Autokräne, Silos für Bohrschlamm und Dieselmotoranlagen mit 2800 PS Leistung befinden.

Das Projekt gibt einen Einblick in die internationale Verflechtung der Erdölgewinnungsprojekte. Auftraggeber ist die BP in London für ihre Tochtergesellschaft "Abu Dhabi Marine Areas", welche die Bohrkonzession im Persischen Golf besitzt. Den Stahlbau nimmt die Gute Hoffnungshütte in Sterkrade auf ihrem Bauplatz am Kanalufer vor, und zwar nach den Plänen des Dumont-Konzerns (USA). Die AEG liefert die Elektroausrüstung.

* * *